



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Kolumbien im Anschluss an die Kolumbien-Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im April 2024

NEW YORK, 15. April 2024 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre volle und einstimmige Unterstützung für den Friedensprozess in Kolumbien. Sie betonten, wie wichtig es ist, die umfassende Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens von 2016 sicherzustellen, und dankten der Regierung Kolumbiens für die Ausrichtung des Besuchs des Rates im Februar 2024.

Der Rat begrüßte den von der kolumbianischen Regierung gezeigten politischen Willen, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, und nahm Kenntnis von den bedeutenden Fortschritten bei der Ausarbeitung der Pläne zur Durchführung des Abkommens von 2016. Sie befürworteten die rasche Umsetzung dieser grundlegenden Pläne und Strategien vor Ort in den konfliktbetroffenen Regionen. Sie betonten außerdem, wie wichtig es ist, dass die Maßnahmen der Regierung auf hoher Ebene koordiniert werden, und legten der Regierung nahe, die im Abkommen von 2016 vorgesehene Friedensarchitektur voll zu nutzen, einschließlich der regelmäßigen Einberufung der Kommission für die Weiterverfolgung, Förderung und Verifikation der Durchführung des Endgültigen Abkommens.

Der Rat begrüßte, dass den Bestimmungen des Abkommens von 2016 zur Reform des ländlichen Raumes vermehrte Beachtung geschenkt wird, was von zentraler Bedeutung für die Bewältigung der strukturellen Probleme ist, die dem Konflikt zugrunde liegen. Sie begrüßten die Aufstockung der Haushaltsmittel für die Reform des ländlichen Raumes und für den Erwerb und die Bereitstellung von Land. Sie hofften jedoch auf weitere Fortschritte bei der Umsetzung der im Endgültigen Abkommen vereinbarten Ziele für die Reform des ländlichen Raumes, einschließlich einer umfassenderen Umsetzung der nationalen Pläne zur Reform des ländlichen Raums, und forderten in dieser Hinsicht die Billigung des nationalen Plans für das Gesundheitswesen im ländlichen Raum. Sie ermutigten alle zuständigen Ministerien zu Bemühungen, diese Angelegenheit voranzubringen, einschließlich der Bereitstellung ausreichender Mittel, um zu gewährleisten, dass die Reformen allen Gemeinschaften zugutekommen.

Der Rat unterstrich, dass das Ethnische Kapitel unverzüglich durchgeführt werden muss. Die Ratsmitglieder erwarteten greifbare Ergebnisse der verstärkten Bemühungen des Vizepräsidialamts, die Fortschritte zu überwachen und die ehrgeizigen Ziele für die Durchführung des Ethnischen Kapitels zu erreichen. Sie begrüßten außerdem die Fortschritte beim Erwerb von Land und bei der Formalisierung von Landrechten für die afro-kolumbianischen Gemeinderäte.

Der Rat würdigte die Resilienz ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten bei ihrer Wiedereingliederung und begrüßte die Zusage der Regierung, den Wiedereingliederungsprozess zu stärken. Sie sprachen sich für die Umsetzung des umfassenden Wiedereingliederungsprogramms aus. Sie äußerten jedoch ihre Besorgnis über Drohungen gegen ehemalige Kombattantinnen und Kombattanten und unterstrichen die Notwendigkeit von Sicherheitsgarantien. Sie betonten die Dringlichkeit der Umsetzung des umfassenden Programms zum Schutz ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten, der Beschleunigung der Risikobewertungsverfahren und der Durchführung der entsprechenden Schutzmaßnahmen.

Der Rat bekundete außerdem erneut seine anhaltende tiefe Besorgnis über die Gewalt und die Unsicherheit, von denen Frauen und Gemeinschaften betroffen sind, insbesondere

24-06864 (G)



über die anhaltenden Drohungen und Gewalthandlungen gegen soziale Führungspersönlichkeiten, und forderte die weitere Umsetzung des Aktionsplans des Umfassenden Programms für Garantien für Frauen in Führungspositionen und Menschenrechtsverteidigerinnen. Die Ratsmitglieder bekräftigten, wie wichtig es ist, ein gewaltfreies Umfeld aufrechtzuerhalten, und äußerten erneut nachdrücklich ihre Besorgnis darüber, dass Frauen und Mädchen sowie indigene und afro-kolumbianische Gemeinschaften nach wie vor unverhältnismäßig stark von Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, einschließlich sexueller Gewalt, betroffen sind. Sie sprachen sich nachdrücklich für verstärkte Präventions- und Schutzmaßnahmen aus, darunter die Umsetzung der Politik zur Zerschlagung illegaler bewaffneter Gruppen und krimineller Organisationen sowie die regelmäßige Einberufung der Nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien. Sie ermutigten die neu ernannte Generalstaatsanwältin und die staatlichen Institutionen, ihre Bemühungen um den Schutz ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten, sozialer Führungspersönlichkeiten und von Menschen in ihrer ganzen Vielfalt zu verstärken, die Straflosigkeit für an diesen begangene Verbrechen zu bekämpfen und gegen die für die Gewalt verantwortlichen kriminellen Strukturen vorzugehen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erwarteten mit Interesse die zeitnahe Veröffentlichung des ersten Nationalen Aktionsplans Kolumbiens zur Durchführung der Resolution [1325 \(2000\)](#) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen und Frieden und Sicherheit und äußerten die Hoffnung, dass dieser Schritt nebst anderen Maßnahmen die Durchführung der Gleichstellungsbestimmungen im Endgültigen Abkommen und die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit in Kolumbien beschleunigen wird.

Der Rat unterstrich die entscheidend wichtige Rolle des Sondergerichts für den Frieden im Rahmen des Friedensprozesses, würdigte seine bisherige Arbeit und sah mit Interesse der Verhängung seiner ersten Urteile in diesem Jahr als bedeutendem Meilenstein entgegen. Die Ratsmitglieder betonten, wie wichtig eine rasche Rechtsprechung für die Wahrung der Rechte der Opfer und die Gewährleistung von Rechtssicherheit für diejenigen ist, die gemäß dem Abkommen von 2016 in seine Zuständigkeit fallen. Sie schlossen sich außerdem der Forderung des Generalsekretärs an, dass alle betroffenen Parteien einen konstruktiven Dialog innerhalb des bestehenden Rahmens des Endgültigen Friedensabkommens führen, um die kürzlich aufgetretenen Hindernisse zu überwinden. Sie erinnerten an die Rolle der Regierung Kolumbiens zur Unterstützung dieses Prozesses durch Verstärkung ihrer Bemühungen zur Schaffung der Voraussetzungen für die Umsetzung von Wiedergutmachtungsurteilen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Anstrengungen der Regierung Kolumbiens, durch Dialog und die weitere umfassende Durchführung des Abkommens von 2016 einen breiteren Frieden anzustreben. Sie nahmen Kenntnis von der sechsten Verhandlungsrunde zwischen der Regierung und der Armee der nationalen Befreiung (ELN) und der verlängerten Waffenruhevereinbarung sowie von der bekräftigten Zusage der ELN zur Aussetzung der Lösegeldentführungen. Sie begrüßten außerdem die wichtige Arbeit des Nationalen Beteiligungsrats, die eine umfassende Beteiligung der kolumbianischen Gesellschaft an dem Prozess gewährleisten soll. Sie begrüßten ferner die positive Rolle des Mechanismus zur Überwachung und Verifikation der Waffenruhe, einschließlich der Beteiligung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen, bei der Verhinderung möglicher bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Sie betonten außerdem, wie wichtig Waffenruhen als Weg zu einem Friedensprozess sind, der Gewalt verringert und das Leid der Zivilbevölkerung lindert. Ferner unterstrichen sie, wie wichtig die Frage des Kinderschutzes in Friedensgesprächen und die Verhinderung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern sind.

Der Rat nahm davon Kenntnis, dass die Regierung die Waffenruhe mit der bewaffneten Gruppe, die sich Estado Mayor Central (EMC) nennt, nach den Gewalthandlungen der

Gruppe gegen eine indigene Gemeinschaft teilweise aufgehoben hat. Der Rat verurteilte diese Handlungen und forderte die EMC auf, die Gewalthandlungen gegen die Zivilbevölkerung einzustellen. Die Ratsmitglieder forderten die Parteien nachdrücklich auf, die Waffenruhe zu stärken und die Verhandlungsagenda weiterzuentwickeln.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Entschlossenheit, zur Unterstützung der umfassenden Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens als tragender Säule für die Sicherung eines breiten und dauerhaften Friedens und ebensolcher Stabilität in Kolumbien auch weiterhin eng mit dem Land zusammenzuarbeiten, und begrüßten das anhaltende diesbezügliche Engagement beider Parteien. Sie unterstützten mit Nachdruck die ergänzenden Anstrengungen der Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Kolumbien in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen.
